

### **Föderale Konzeptionen in den EG-Mitgliedsstaaten – Traditionen und Perspektiven**

**Zweites Jean-Monnet-Symposium in Tübingen/Blaubeuren, 1.–3. Juli 1993**

Im Rahmen der Aktion Jean Monnet, einer Initiative der Kommission der Europäischen Gemeinschaft zur Unterstützung von Hochschulen bei der Entwicklung von Lehre und Forschung auf dem Gebiet der europäischen Integration, trafen sich auf Einladung von *Franz Knipping* Historiker, Juristen sowie Politik- und Wirtschaftswissenschaftler aus elf EG-Mitgliedsstaaten im Heinrich-Fabri-Institut Blaubeuren, um Föderalismusprobleme zu diskutieren. Sie knüpften dabei an eine 1992 in Sevilla durchgeführte Veranstaltung zur Frage einer europäischen Staatsbürgerschaft an. Hauptträger des zweiten Symposiums war die Universität Tübingen, an der wenige Tage zuvor ein „Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung“ ins Leben gerufen worden war. Zusätzliche materielle Unterstützung fand die Konferenz durch das Land Baden-Württemberg und die EG-Kommission, deren Vertreter, Staatssekretär

*Josef Dreier* und *Béatrice Miège*, ebenso wie der Vizepräsident der Universität Tübingen, *Wolfgang Meier*, zur Eröffnung erschienen waren.

Die auf der Basis der Maastrichter Verträge angestrebte Europäische Union, in der das Subsidiaritätsprinzip u.a. durch die Gründung eines Ausschusses der Regionen umgesetzt werden soll, legt die Auseinandersetzung mit bereits existierenden föderalen Systemen nahe. Dementsprechend bildete die von *Jürgen Heideking* (Köln) in seinem Vortrag aufgeworfene Frage, ob der US-amerikanische Föderalismus Vorbildcharakter für den europäischen Einigungsprozeß haben könne, einen geeigneten Auftakt für vergleichende Diskussionen. Insbesondere seine Hinweise auf die Bedeutung übergreifender, mit einer gemeinsamen Symbolik versehener föderaler Identität und seine Anmerkungen zur Wirkung der Regionalisierung nationaler Parteien auf das Spannungsfeld zwischen Föderalismus und Separatismus wurden mehrfach aufgegriffen. Die anschließenden Debatten zeigten jedoch, daß die amerikanischen Erfahrungen in Europa stets rezipiert, nicht aber als generelles Leitbild akzeptiert wurden. Eige-

ne Ideen wurden häufig in ostentativer Abgrenzung formuliert. *Saenz de Buruaga* (Madrid) ging noch einen Schritt weiter, indem er die Eigenständigkeit anglo-amerikanischer, hispanischer und germanischer Traditionslinien föderalen Denkens unterstrich. Allgemein kann festgestellt werden, daß sich die Thematisierung unterschiedlicher nationaler Erscheinungsformen des Föderalismus in Geschichte und Gegenwart als ein zentraler Aspekt der Konferenz herauskristallisierte.

Einige Beiträge beleuchteten die Thematik aus einem europäischen Blickwinkel. *Fulvia Attinà* (Catania) setzte sich mit dem Wirken EG-weiter Parteienverbindungen auseinander. Auf Probleme und Perspektiven europäischer Verteidigungsstrukturen ging *Jolyon Howorth* (Bath) ein. *Klaus Kunzmann* (Dortmund) stellte strukturpolitische Planungen der EG-Mitgliedsstaaten für die neunziger Jahre vor, während *Evrard Claessens* (Antwerpen) der Frage nachging, wie ein föderales Eisenbahnsystem in Europa aussehen könnte.

Die lange Tradition föderalen Denkens und Handelns in Deutschland thematisierten *Gerhard Brunn* (Siegen) und *Wolf D. Gruner* (Hamburg). Im Mittelpunkt der Betrachtung standen dabei die Entwicklung vom Staatenbund zum Bundesstaat und die Frage, welche Rolle Demokratisierungsprozesse in diesem Zu-

sammenhang spielten. Die im Gegensatz dazu stehende anti-föderalistische Tradition in Frankreich wurde von *Gérard Bossuat* (Paris) akzentuiert. Anhand zahlreicher Beispiele der französischen Geschichte seit 1789 belegte er, warum die politischen Entscheidungsträger in seinem Land ein so distanziertes Verhältnis selbst zum Begriff des Föderalismus entwickelt haben.

Sehr ausführlich wurden die Beiträge der belgischen Referenten *Louis le Hardy de Beaulieu* (Namur) und *Gonzales d'Alcantara* (Brüssel) diskutiert, die auf den Kompromißcharakter der bestehenden föderalen Struktur Belgiens verwiesen. Es zeigte sich, daß zeitlich und räumlich allgemeingültige Muster föderaler Organisation im inner- und zwischenstaatlichen Bereich nicht gegeben und nicht zu erwarten sind. Dieser scheinbare Mangel birgt jedoch im Konfliktlösungsbereich auch Chancen. Die an dieser Stelle aufgegriffene Frage nach der Grenze zwischen Separatismus und nationaler Selbstbestimmung sollte im weiteren Verlauf der Konferenz mehrfach in den Vordergrund treten. *Georges Als* (Luxemburg) präsentierte den Sonderfall eines Staates, der auf Grund seiner territorialen Ausdehnung intern föderale Strukturen nicht zuläßt, extern jedoch besonderes Interesse an der Verwirklichung des Föderalismus in Europa zeigt.

Im Zentrum der Betrachtungen

der italienischen Konferenzteilnehmer *Claudio Cressati* (Udine), *Nicola Torraldo-Serra* sowie *Maria Grazia Melchionni* (beide Rom) standen sowohl aktuelle Probleme, wie die Etablierung der Liga Nord als politische Kraft, als auch die Rolle des Föderalismus bei der Nationalstaatsbildung in einem von lokalen Identitäten bestimmten Kulturraum. Das Spannungsfeld zwischen äußerer Einflußnahme, stabilen Munizipalitäten und Regionalismus konnte an diesem Beispiel sehr gut dargelegt werden. Darauf ging auch der griechische Referent *Astéris Pliakos* (Athen) ein, der zudem die in Griechenland entwickelten Sonderformen regionaler Organisation (territoriale Kollektivität) ins Blickfeld rückte.

*José Antonio Jáuregui* (Madrid) zitierte den spanischen Verfassungsgrundsatz, der Spanien als unteilbare Einheit deklariert, und stellte dem die politische und kulturelle Realität gegenüber. Der gewählte kulturhistorische Ansatz verdeutlichte eine regionale, keineswegs nationale Prägung der Einwohner Spaniens. Entgegen der zentralistischen politischen Struktur existiert somit eine gefühlsmäßige Verbundenheit mit der „patria chica“. Diese geistige Haltung findet ihren Niederschlag in der Idee eines „Europa der Regionen“.

Den Sonderfall Portugals stellte *Manuel Gonçalves Martins* (Braga) dar. Er demonstrierte, wie zwischen

1960 und 1974 politische Führungseliten aus der unmittelbaren Umgebung Salazars sich erfolglos darum bemühten, autonome Kolonialregime und dann die Vereinigten Staaten von Portugal zu schaffen, um die traditionelle Kolonialpolitik zu modifizieren und die von der Opposition geforderte sofortige nationale Souveränität der Kolonien zumindest zu verzögern.

Auf Grund der Referenda in Dänemark über die Maastrichter Verträge wurden die Beiträge von *Bertel Heuerlin* (Kopenhagen) und *Thomas Pederson* (Aarhus) mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt. Beide stellten Dänemark als intern zentralistisch strukturierten Staat mit starken Berührungspunkten auf politischer, nicht jedoch auf ökonomischer Ebene vor. Im Anschluß daran richtete sich die Konzentration der Teilnehmer auf die Präsentation der Haltung Großbritanniens und Irlands. Ähnlich wie Dänemark ist Großbritannien seit dem 18. Jh. zentralistisch organisiert. Starke regionale Traditionen leben jedoch in Schottland, Wales und Nordirland fort. *Andrew Crozier* und *Andrea Bosco* (beide London) analysierten die auf den ersten Blick etwas überraschende angelsächsische Tradition theoretischer Reflexion auf dem Gebiet des Föderalismus. Der Zerfall des britischen Empire gab zu Beginn des Jahrhunderts den Anstoß zu föderalen Reformen. Das Projekt scheiterte

jedoch während des ersten Weltkrieges. Die angelsächsische „Föderalistische Schule“ machte kurz vor dem Zweiten Weltkrieg erneut von sich reden, als sie zur Überwindung nationalstaatlichen Denkens eine Europäische Föderation propagierte. Ihre Theorien sollten zudem einen gewissen Einfluß auf die italienische Europapolitik erlangen.

Last but not least umrissen *Elizabeth Meehan* (Belfast) und *Dermot Keogh* (Cork) in ihren Beiträgen die Hoffnungen und Ängste der (Nord-)Iren hinsichtlich einer fortgesetzten europäischen Integration, die einerseits föderale Strukturen in Großbritannien verstärken und somit Nordirland mehr Rechte einräumen, andererseits aber die Verminderung der Unterstützung Bel-fasts durch London einleiten könnte.

Zum Abschluß der Tagung hob *Franz Knipping* mit Blick auf den Wandel in Ost- und Südosteuropa die Aktualität der behandelten Themen hervor. Aus den Tagungsschwerpunkten Zentralismus, Regionalismus, Selbstbestimmungsrecht, Separatismus, Subsidiarität und Gleichgewichtspolitik leitete er zudem Wirkungsrichtungen für das neue Europäische Zentrum für Föderalismusforschung in Tübingen ab.

Die am Rande des Symposiums durchgeführte Beratung der Jean Monnet-Professoren bestätigte und vertiefte den eingeschlagenen Weg der institutionalisierten Zusammen-

arbeit. Die nächste gemeinsame Veranstaltung über „Demokratische Defizite in der EG“ soll unter Federführung von *Louis le Hardy de Beaulieu* am 8./9. Juli 1994 in Namur stattfinden.

Ralph Dietl/Matthias Schönwald/  
Werner Scholz

### **Mai 1968 jenseits der Mauer Eine Tagung in Leipzig über den Unterschied von 1968 in West und Ost**

Der 25. Jahrestag der Bewegung von 1968 ging in Italien, Frankreich und in Westdeutschland ohne große Feierlichkeiten und Gedenkveranstaltungen vorüber. In Paris, wo die Zeitung *Libération* mögliche Initiativen geplant hatte, entschied man, solche Veranstaltungen angesichts der für die Linke deprimierenden Lage nach den Parlamentswahlen und dem Selbstmord Pierre Bérégovoy's auf den 30. Jahrestag zu verschieben. In Bonn und Berlin beschränkte man sich darauf, im Fernsehen Filme und Diskussionsrunden zu zeigen; die Debatte über Gewalt gegen Ausländer enthält jedoch oft Anspielungen auf den Wertemangel der gegenwärtig heranwachsenden Jugend, für den